

FORSCHUNG IN GRAUBÜNDEN *Stefan Engler*

Politik und Wissenschaft brauchen einander

Politiker wie Wissenschaftler empfinden gleichermassen, dass sie eine schwierige Beziehung zueinander haben. Das kann auch gar nicht anders sein. In der Wissenschaft geht es um Erwerb und Erhalt von Wissen, in der Politik dagegen um Erwerb und Erhalt von Macht. Wissen ist die Voraussetzung für unsere Orientierung in der Welt, Macht ist die Voraussetzung für politisches Gestalten.

Zur spannungsvollen Beziehung der beiden kommt es, weil Wissenschaft und Politik aufgrund unterschiedlicher Rationalitäten handeln, einander aber zugleich brauchen. Demokratie funktioniert nicht wie Wissenschaft. In der Demokratie zählen nicht allein der messerscharfe Verstand, Bestenauslese, Peer Review und Impact Factor. Die Politik in der Demokratie folgt eigenen Regeln. Wissenschaft ist ihrem Wesen nach zualtererst erkenntnisorientiert – Poli-

tik ihrem Wesen nach handlungsorientiert.

Aus Sicht der Wissenschaft verschwinden mit viel Mühe erarbeitete Gutachten in der Schublade oder dienen erkennbar nur der nachträglichen Rechtfertigung längst geplanter Massnahmen; sie fühlt sich oft instrumentalisiert und in dem, was sie als ihren eigentlichen Auftrag ansehen, zur Wirkungslosigkeit verdammt. Die Politik erinnert zwar immer an die Bringschuld der Wissenschaft, bleibt aber selber oft sogar dann untätig, wenn klare wissenschaftliche Erkenntnisse unbedingt politisches Handeln erfordern.

Die von der Wissenschaft beratene Politik liebt derartige Aufforderungen nicht. Sie sieht sich in ihrer legitimen Rolle infrage gestellt, wenn Wissenschaftler sich mit Argumenten des Sachzwangs faktisch politische Entscheidungsfunktionen anmassen. Das ist der bekannte Vorwurf von Expertokratie. Hätten beide Seiten ein realistisches Bild voneinander, wäre ihre Beziehung zwar nicht problemlos, aber man sparte sich immerhin unnütze gegenseitige Vorwürfe.

In der forschungspolitischen Beziehung ist das Aufeinandertreffen von Wissenschaft und Politik unausweichlich. Die Wissenschaft betrachtet die Politik als Mäzen und erwartet Förderung um ihrer selbst willen; entsprechend fühlt man sich manipuliert, wenn letztere als Hüterin der Steuergelder die Themen-



«Die Freiheit der Wissenschaft ist ein hohes Gut in unserer Demokratie.»

wahl mitbestimmen will. Die Politik meint umgekehrt, dass es ihre Aufgabe sei, die Wissenschaft auf gesellschaftliche Ziele hinzulenken; somit gibt es auf ihrer Seite wenig Verständnis dafür, dass die Wissenschaft sich nicht nur solchen Steuerungsbemühungen entzieht, sondern es sogar versteht, durch geschickte Überzeugungsarbeit für ihre selbstbestimmten Ziele öffentliche Gelder anzuzapfen.

Dabei diene es der Entspannung, wenn beide, Politik und Wis-

senschaft, sich an den Grundkonsens erinnern. Erstens nämlich: Die Freiheit der Wissenschaft ist ein hohes Gut in unserer Demokratie, als Grundrecht durch unsere Verfassung geschützt, und alle sind gehalten, sie zu pflegen, zu schützen und nötigenfalls auch zu verteidigen. Und zweitens: Zur Freiheit der Wissenschaft gehört in der Demokratie geradezu spiegelbildlich auch eine Erwartung, nämlich die Erwartung an die Verantwortung der Wissenschaft für die Welt, die sie erforscht, für die Gesellschaft, in der sie forscht, für Mensch und Natur ganz allgemein. Die wissenschaftliche Freiheit, die wir schützen müssen, und die Verantwortung, die aus dieser Freiheit erwächst, sie beide gehören untrennbar zusammen. Denn gesellschaftlicher Fortschritt braucht die Grundlage ihrer Erkenntnisse. Die grossen Zukunftsthemen brauchen nicht nur den emotionalen, sondern auch den gut informierten Streit.

STEFAN ENGLER ist *Ständerat und Mitglied des Vorstandes der Academia Raetica.*